

30. MAI 1961



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0806890

P/XVI/119 - 30. Mai 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2

Dank den Betriebsrätern!

59

Sie sind ein solides Fundament des demokratischen Staates

Von Günter Markscheffel

2

Von Peck verfolgt

31

Schröders Ein- und Ausreisegesetz bleibt Makulatur

3 - 4

Ein unverständliches Urteil

68

Überlange Arbeitszeiten - nur kleine Geldstrafe

5 - 6

Jahresbilanz einer Revolution

76

Westliche Befürchtungen und östliche Hoffnungen um die Türkei

Von Dr. Basil Mathiepollas

7

Kindersland

48

Erschütternde Fotoaufstellungen des Kinderhilfswerkes
der Vereinten Nationen

Von Bruno Kuster, Genf

* * * *

Dank den Betriebsräten!

Sie sind ein solides Fundament des demokratischen Staates

Von Günter Markscheffel

In den letzten Wochen wurden in den Industriebetrieben und in der gewerblichen Wirtschaft der Bundesrepublik etwa 120 000 Betriebsräte gewählt. Die meisten von ihnen sind Mitglieder einer der Industriegewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes. 120 000 Betriebsräte - diese Zahl sagt dem oberflächlichen Betrachter des Zeitgeschehens wenig. Er nimmt sie, wenn überhaupt, in seiner Zeitung wie jede andere Meldung zur Kenntnis, ohne sich vielleicht viel dabei zu denken.

Und doch: Diese 120 000 Betriebsräte in den Industriebetrieben der Bundesrepublik sind ein solides Fundament der deutschen Demokratie. Die Frauen und Männer, die sich freiwillig für eine meist stille und in der Öffentlichkeit kaum beachtete Arbeit im Interesse ihrer Arbeitskollegen und der Betriebe zur Verfügung stellen, sind oft nicht einmal in ihrer Heimatorten dem Namen nach bekannt. Sie sind die namenlosen aber deshalb nicht weniger wichtigen Träger einer grossen Aufgabe, deren Bedeutung für unser ganzes Volk besser gewürdigt werden sollte als bisher.

Unter ihnen befinden sich viele, die in den Jahren nach dem schrecklichen Zusammenbruch der Hitlerherrschaft, in einer Zeit, da unsere Städte und Industrien zerbombt darniederlagen, die Verhandlungen mit den Besatzungsmächten über den Wiederaufbau der Werke, über die Schaffung neuer Arbeitsplätze und die Neuordnung unseres wirtschaftlichen Lebens führten. Sie standen an der Spitze, als es galt, die unselige Demontagepolitik der ehemaligen Siegermächte zu bekämpfen. Sie fragten nicht nach Dank und Anerkennung, sondern stellten sich selbstlos vor unser durch die Hitlerdiktatur zerschundenes Volk. Sie waren es, die mit halfen, die Legende von der "Kollektivschuld des deutschen Volkes" aus der Welt zu schaffen und sie waren es - lange bevor es eine Bundesregierung gab! -, die neue Grundlagen für die Funktionsfähigkeit unserer Wirtschaft schufen.

Jetzt, bei den diesjährigen Betriebsrätewahlen, sind viele junge Nachwuchskräfte aufgetaucht. Das ist der Lauf der Welt, aber doch muss auch von denen, die Ältere ablösen, etwas gesagt werden. Die jungen Betriebsräte sind in ihrer überwiegenden Mehrzahl hervorgegangen aus der guten alten Schule der freien deutschen Gewerkschaftsbewegung. Sie wurden nicht gewählt, weil sie gelegentlich eine gute Rede halten können, weil sie "radikal" sind; ihr Aufsteigen in die Funktion eines Betriebsrates ist das Ergebnis oft jahrelanger gewissenhafter Schulungsarbeit des DGB und der Industriegewerkschaften. In dieser Schulungsarbeit haben die jungen Betriebsräte das geistige Rüstzeug erhalten, das allein ihnen das Vertrauen ihrer Kollegen sichert.

Es ist bestimmt nicht zuviel gesagt, wenn man feststellt, dass die rund 120 000 Betriebsräte in der Bundesrepublik eine der zuverlässigsten Stützen des jungen deutschen demokratischen Staates sind. Aber nur

selten hört man, dass einer von ihnen öffentlich geehrt wird oder gar das Bundesverdienstkreuz erhält! Sie bleiben allzuoft in der Anonymität; an ihre Bescheidenheit hat man sich schon so gewöhnt, dass ihre Leistung für das Ganze als Selbstverständlichkeit hingenommen wird. Wer fragt unsere Betriebsräte - vor allem die der kleineren und mittleren Werke - ob sie den Begriff "Freizeit" kennen? Wer sagt ihnen ein anerkennendes Wort, wenn sie nach oft wochenlangen Verhandlungen eine Verbesserung für die Belegschaft herausgeholt haben? Und wer denkt an die Älteren unter ihnen, die sich ihrer jungen Kollegen angenommen haben, um sie in die doch sehr komplizierten Fragen der Sozial- und Wirtschaftspolitik oder des Betriebsräterechtes einzuführen?

Die Tätigkeit unserer Betriebsräte ist von hoher staatspolitischer Bedeutung. Vom Vertrauen der Belegschaften getragen, sind die Betriebsräte das lebendige Bindeglied zwischen Arbeitnehmern, Betriebsleitung und Staat in der modernen Industriegesellschaft. Dafür, dass sie diese Aufgabe übernehmen, sind wir ihnen allen Dank schuldig.

* * *

Vom Peck verfolgt

sp - Bundesinnenminister Schröder ist von Peck verfolgt. Auch als Ratgeber und Beeinflüßerer des Bundeskanzlers zeichnet ihn nicht gerade politische Weisheit aus. Dass Adenauer im Fernsehstreit auf der Strecke blieb und die bisher für ihn wohl peinlichste Niederlage erlitt, hat er seinem Innenminister Schröder zu verdanken, der ihn auf Wege leiten wollte, die dank Karlsruhe sich als unpassierbar erwiesen. Aus der Küche des Bundesinnenministeriums stammt auch der Entwurf über ein neues Ein- und Ausreisegesetz, das, würde es verwirklicht, den Graben zwischen den beiden Teilen Deutschlands noch vertiefen und jeden innerdeutschen Reiseverkehr zum Erliegen bringen würde. So weit wird es freilich nicht kommen, der Gesetzentwurf wird Makulatur bleiben. In der Öffentlichkeit stieß er fast einmütig auf Ablehnung. Sogar CDU-Bundestagsabgeordnete, vor allem die Berliner, verurteilten ihn in Grund und Boden, eken aus der Einsicht heraus, bestehende Verbindungen eher zu stärken, statt sie zu zerstören. Ulbricht hätte daran seine Freude gehabt. Gewiss sind sich alle Gegner dieses Entwurfes über die Notwendigkeit im Klaren, der wachsender kommunistischer Infiltration und Agententätigkeit mit **w i r k s a m e n** Mitteln zu begegnen. An entsprechender Gegenvor schläger fehlt es nicht, und es war, zum Schmerz Schröders, wiederum ein CDU-Abgeordneter, der aus Berlin stammende Ernst **E e n d e a**, der eine brauchbare Diskussionsgrundlage lieferte. Auf ihr kann man weiterbauen. - Aber dem Bundesinnenminister Schröder ging es nicht einmal in erster Linie um die Abwehr kommunistischer Gefahren. Er wollte durch seinen Gesetzentwurf, dessen Ablehnung durch die SPD er gewiss sein konnte, diese Partei in den Geruch mangelnder Staatsstreue bringen - ein Manöver, das ins eigene Auge ging. Wer unter solchen rein parteiegoistischen Gesichtspunkten gewichtige, das Leben vieler Millionen Staatsbürger berührende Gesetzesvorlagen ausarbeiten lässt, muss auch als Innenminister auf die schiefste Ebene kommen. Was als Wahlkampfmunition gedacht war, erweist sich nun als Selbstwürger.

* * *

Ein unverständliches Urteil

H. Be.- Eine Geldstrafe von ganzen 600 DM verhängte das Amtsgericht Ebern in Unterfranken gegen den Betriebsleiter einer Molkereigesellschaft, der seine Arbeitnehmer jahrelang bis zu 17 1/2 Stunden täglich beschäftigt hatte. Hinzu kommt ausserdem noch, dass das Verfahren gegen den dafür Verantwortlichen lange Monate hindurch verzögert wurde. Vorsitzender der Molkereigenossenschaft Ebern ist der CSU-Bundestagsabgeordnete Gustav Fuchs.

Die Molkereigenossenschaft Ebern war im Juli 1959 von dem zuständigen Gewerbeaufsichtsamt Würzburg überprüft worden. Dabei wurde festgestellt, dass die Höchstgrenze der Arbeitszeitverlängerung in 91 Fällen überschritten worden war. Tägliche Arbeitszeiten bis zu 17 1/2 Stunden waren keine Seltenheit. Arbeitnehmer des Betriebes erklärten damals dem Gewerbeaufsichtsbeamten, ein Strafverfahren werde, dank guter Beziehungen der Betriebsleitung, erfolglos bleiben.

In der Tat sprach kurz danach der Vorsitzende der Molkereigenossenschaft, CSU-MdB Fuchs, beim Gewerbeaufsichtsamt vor, um eine Strafanzeige zu verhindern. Das Gewerbeaufsichtsamt lehnte dieses Ersuchen ab, die Strafanzeige wurde erstattet.

Im März 1960 erfuhren das Gewerbeaufsichtsamt und METALL auf Anfrage bei der Staatsanwaltschaft Bamberg, dass das Strafverfahren eingestellt worden sei. METALL alarmierte daraufhin die Öffentlichkeit, das Gewerbeaufsichtsamt führte eine neue Überprüfung des Betriebes durch. Dabei wurde festgestellt, dass nach wie vor die Arbeitnehmer in gesetzwidriger Weise bis zu 15 Stunden täglich beschäftigt wurden. Allein im Frühjahr 1960 wurde in 133 Fällen eine Überschreitung der höchstzulässigen Arbeitszeit ermittelt. Aus den Überstundenbüchern der Firma liess sich feststellen, dass Arbeitszeitüberschreitungen seit 1957 obligatorisch waren. Kraftfahrer waren bis zu 20 Stunden täglich beschäftigt worden.

Nachdem METALL die Öffentlichkeit über diese Vorgänge informiert hatte, erklärte Bayerns Justizminister Dr. Haas vor dem Landtag in München, das Justizministerium werde die weitere Durchführung des Verfahrens gegen den Betriebsleiter der Molkereigenossenschaft Ebern überwachen. Gegen den Sachbearbeiter der Staatsanwaltschaft Bamberg, durch

dessen Versähen das Verfahren eingestellt wurde, seien dienstaufsichtliche Massnahmen eingeleitet.

Das war im Mai vorigen Jahres, und wer nun erwartet hatte, das Verfahren würde sehr schnell abrollen, sah sich getäuscht. Die für die Verhandlung vor dem Amtsgericht Ebern angesetzten Termine wurden immer wieder verschoben, sehr zum Befremden auch der Staatsanwaltschaft. Bayerische Justizminister erklärte dazu: "Das Verfahren hat sich durch die Bestellung eines weiteren Verteidigers und durch die trotz mehrfacher Mahnungen des Amtsgerichts verspätete Erstellung eines Gutachtens verzögert. Ein Verschulden trifft weder die Staatsanwaltschaft noch das Amtsgericht."

In diesen Wochen fand nun endlich die Hauptverhandlung statt und endete mit dem wirklich unverständlichen Urteil von ganzen 600 DM Geldstrafe, ersatzweise 30 Tage Gefängnis. Die Staatsanwaltschaft hatte eine Geldstrafe von 2 000 DM, ersatzweise 40 Tage Gefängnis beantragt.

Es ist ganz selbstverständlich, dass nicht nur die unmittelbar betroffenen Arbeitnehmer, sondern die ganze Öffentlichkeit die Frage an die bayerische Justiz zu richten haben, ob es tatsächlich als ausreichende Sühne betrachtet werden kann, wenn jahrelange Überschreitung der Arbeitszeit, wenn jahrelanges Spiel mit der Gesundheit der Arbeitnehmer mit 600 DM Geldstrafe belegt werden - einer Strafe also, die praktisch aus der Westentasche bezahlt wird. Glaubt etwa die Justiz, dass dadurch andere Arbeitgeber von ähnlichen Verhalten abgeschreckt werden?

*

In Art. 167 der Bayer. Verfassung ist im Rahmen des IV. Abschnitts "Die Arbeit" folgendes bestimmt:

1. Die menschliche Arbeitskraft ist als wertvollstes wirtschaftliches Gut eines Volkes gegen Ausbeutung, Betriebsgefahren und sonstige gesundheitliche Schädigungen geschützt.
2. Ausbeutung, die gesundheitliche Schäden nach sich zieht, ist als Körperverletzung strafbar.
3. Die Verletzung von Bestimmungen zum Schutz gegen Gefahren und gesundheitliche Schädigungen in Betrieben wird bestraft.

* * *

Jahresbilanz einer Revolution

Von Dr. Basil Mathiopoulos

Am 27. Mai jährt sich das denkwürdige Ereignis, an dem nach den Studentenunruhen im April des Vorjahres General Kemal Gürsel mit einer Gruppe energischer junger Offiziere einen Schlußstrich unter die im Lichte demokratischer westlicher Prinzipien unheimliche Geschichte der Nachkriegs-Türkei setzte. Wenigstens wollte er das und die Umstände und die nachträglich enthüllten Winkelzüge der Kurzerhand auf die Insel Yassıada verbannten Hauptakteure des Regime Menderes schienen ihm nicht nur die moralische Berechtigung zu seiner 'väterländischen' Tat zu geben, sondern auch die ehrliche Begeisterung der 'Befreiten' zu sichern. Doch wie die Dinge heute liegen, muss man feststellen, dass entweder die Verhältnisse gegen Gürsel arbeiten oder er es nicht verstanden hat, alle Faktoren rechtzeitig für seine Idee eines neuen demokratischen Staates auszuwerten.

Wie diffizil die augenblickliche Situation für die Türkei, nicht nur für die Männer um Gürsel, ist, zeigten die eben unterdrückten Unruhen im Südosten des Landes. Es wäre verkehrt, wollte man darin vor allem eine spontane Sympathiekundgebung für den Staatsgefangenen Nr. 1, Aamur Menderes, sehen. Hier äusserte sich unüberhörbar die Reaktion auf das neue Wahlgesetz, das ein Verbot der bisherigen 'Demokratischen Partei' des gestürzten Regierungschefs enthält. Es hat den Anschein, als käme das alles viel zu spät. Natürlich zweifelt kein objektiver Beobachter an der demokratischen Lauterkeit des "Patriarchen" Gürsel, der bereit ist, mit seinen Freunden in die Kasernen zurück zu gehen, wenn es der Wille des Volkes ist. Und das ist die ganze Fragezeichen über der Zukunft des Landes, denn wenn eine Kampfpartei der Freunde Menderes dessen Anhänger zu sammeln weisse, könnte sich eine politische und rechtliche Tragödie abspielen.

Menderes hat in den zehn Jahren seiner Herrschaft nicht nur den Platz an der Quelle ausgenutzt, einen eigenen Sittenkodex aufgestellt und Gegner kaltblütig kaltgesetzt. Für die Masse der Türken, und das sind bis zu 80 Prozent Bauern, war Menderes der gebefreudige Landesvater, der aufbaute und investierte, der Geld ins Land zu holen verstand und diplomatisches Format hatte. Was wissen die Zweidrittel der 25 Millionen Türken, die nicht lesen und schreiben können, schon von Vertragsbruch und Missachtung der Verfassung und wie all die Anklage-

punkte lauten, die den 397 Beschuldigten des Prozesses vorgeworfen werden! Das lange Hinziehen des Prozesses, das wiederholte Verschieben der Wahlen und das drastische Beschneiden der Vorrechte, die breiten Massen bis dahin eingeräumt wurden, liess die kurz aufgeflamte Begeisterung für demokratische Ideale verlöschen. Die Bewohner Anatoliens messen nicht mit den sittlichen Maßstäben aufgeklärter Intellektueller. So wenig Gürsel sich die Hypothek einer Hinrichtung Menderes aufladen kann, so ineffektlos könnte sich das Verbot einer Partei erweisen, die 4,5 Millionen Anhänger zählt.

Wie die Dinge liegen, wird nicht so sehr General Gürsel das politische Geschick bei den Herbstwahlen entscheiden, sondern die 'Republikanische Volkspartei' Ismed İnönü, der sich in einer taktisch klugen Reserviertheit von den "Aufräumungsarbeiten" nach aussen hin fernhält und auf seine Stunde wartet. Doch könnte ein zu langes Warten sich zur Dolchstossaffäre auswachsen, denn es geht um mehr als um ein Gerichtsurteil oder um eine Machtposition. Auf der vergangenen Konferenz der Außenminister der Nato-Länder in Oslo wies der französische Außenminister auf die Sonderstellung der Türkei und Griechenlands hin. Nun, eine dreiköpfige Kommission wird in beiden Ländern die wirtschaftliche Lage und die Möglichkeit einer fruchtbareren Investitions- und Finanzierungshilfe prüfen. Dieses Drängen auf eine Verbesserung der allgemeinen Verhältnisse von Seiten der westlichen Partner ist nicht isoliert als reiner Freundschaftsakt zu sehen. Unterrichtete Kreise, die augenblicklich die Vorgänge im Iran wachsam verfolgen, befürchten eine ständige Ausweitung des sowjetischen Drucks auf Vorderasien und die angrenzenden Gebiete, die praktisch die letzte Barriere vor dem freien Zugang nach Afrika bilden. Washington hat sich kürzlich bewusst unter den hier drohenden Perspektiven als belebendes Moment direkt im Cento-Pakt eingeschaltet, denn es gilt rechtzeitig eine drohende Flut einzudämmen, deren ungestörter und einmal gelungener Durchbruch für den Westen mehr als ein Prestigeverlust bedeuten würde.

Kein Wunder, dass die beiden grossen Kontrahenten sich gegenseitig illegale Beeinflussung der inneren Angelegenheiten eines fremden Staates vorwerfen. Moskau bezugwöhnt die vielgestaltige Aktivität des amerikanischen Geheimdienstes, während man im Westen über die wachsende Popularität des Geheimensenders Bissir, der nach Informationen aus Washington in Bulgarien stationiert sein soll, beunruhigt ist. Welchen Weg die Türkei in der weiteren Zukunft einschlagen wird, hängt von ihren politischen Führern ab. Für den Westen hängt fraglos viel vom Ausgang der Wahlen ab, denn die Türkei ist und bleibt wichtigstes Bindeglied an der Südostflanke der NATO.

Kinderelend

Von Bruno Kuster, Genf

Wirtschaftlicher Aufschwung allein führt noch nicht zu einer Verbesserung der Lebensbedingungen der Volksmassen in den Entwicklungsländern. Oft verschärft er sogar die soziale und menschliche Not: Zerstörung alter Familien- und Sippenbände, Entwurzelung ganzer Bevölkerungsgruppen, Zusammenballung völlig verarmter und hilfloser Menschenmassen in den Elendsvierteln der Städte. Die schutzlosesten Opfer dieser Umwälzungen, die ja erst begonnen haben, sind die Kinder, auf denen die Zukunft der jungen Staaten beruht...

In Indien sind nicht nur Hunger und Krankheit quälende Geisseln, sondern ebenso der Mangel an Schulen und an sozialer, erzieherischer Fürsorge. Nur 60 Prozent der Kinder im Alter von sechs bis elf Jahren gehen zur Schule, nur 23 Prozent der Altersgruppe elf bis vierzehn. In Indonesien sind fünf Millionen Kleinkinder zum Tode verurteilt, wenn sich die Ernährungslage im Verlaufe der nächsten zehn Jahre nicht wesentlich verbessert. In Djakarta ist die Hälfte der Mütter ausserstande, ihre Kinder nach der Stillperiode ausreichend zu ernähren. In Peru kann eine Million Kinder nicht zur Schule gehen, weil es an Gebäuden und Lehrern fehlt. Beinahe die Hälfte aller Kinder werden ausserordentlich geboren, so dass die Zahl der ausgesetzten Kinder von Jahr zu Jahr zu schwierigeren Problemen führt. Auf den Philippinen erreichen von 100 Kindern 40 das vierte Schuljahr, 10 die Sekundarschule. Die zunehmende Unterernährung ist weniger einem Mangel an Nahrungsmitteln als der Unwissenheit der Eltern zuzuschreiben.

In Senegal gingen 1960 nur 28 Prozent der Kinder zur Schule, da es an Lehrern mangelt. Jugendkriminalität und Vagabundentum greifen in den Städten um sich. Süd-Vietnam berichtet von allgemeiner Verarmung. Zerstörung der sozialen und familiären Bindungen, einer riesigen Zahl von Waisen oder sonst elternlose Kinder. Ein Bericht des interamerikanischen Kinderinstitutes in Montevideo meldet, dass in gewissen Gegenden Lateinamerikas 65 bis 90 Prozent der Kinder ausserordentlich geboren werden. Meist kümmern sich ihre Väter nicht um sie. Da sie nicht offiziell registriert sind, existieren sie für die Gesundheits- und Sozialdienste nicht. Sie erhalten auch keinerlei Schulbildung. Ausbeutung von Kinderarbeit, Prostitution von Minderjährigen und Zuflucht zu Rauschgiften gehören zum normalen Bild.

Der Generaldirektor des Kinderhilfswerkes der Vereinten Nationen (UNICEF), Maurice Pate, weist in einem zusammenfassenden Bericht, der sich auf die Angaben von 36 Regierungen stützt, auf die katastrophale Gefahr hin, die entsteht, wenn die Entwicklungsländer bei ihren wirtschaftlichen Anstrengungen übersehen, dass schliesslich alles von den heranwachsenden Generationen abhängt. So verschiedenartig die an der UNICEF gerichteten Hilfsbegehren der Regierungen auch sind, so lassen sie sich doch in Wunsch zusammenfassen: allseitige Mithilfe beim schwierigen Übergang von der ländlichen zur städtischen Lebensweise. Der UNICEF will den Regierungen helfen, die Bedürfnisse der Kinder der verschiedenen Altersstufen klarer zu erkennen und entsprechende realistische Aktionspläne auszuarbeiten, die in die allgemeinen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsprogramme eingebaut werden.

Verantwortlich: Günter Marksoeffel